

Leo Mayer zum Abschluss bei Siemens

Kein Grund zur Resignation

Der Abschluss des Ergänzungstarifvertrags für Bocholt und Kamp-Lintfort ist eine Niederlage für die Gewerkschaft, deren Konsequenzen möglicherweise noch gar nicht abzusehen sind. Denn eins steht fest, andere Siemens-Betriebe und andere Unternehmen werden folgen. Sie werden dabei die gleichen Druckmittel einsetzen: das Spiel mit der Angst um den Job und die Drohung mit der Verlagerung der Arbeitsplätze in Niedriglohnländer. Und die Belegschaft in Bocholt und Kamp-Lintfort wird in zwei Jahren wieder vor dem gleichen Problem stehen. Nur wird es dann um die Einführung der 42- oder 45-Stunden-Woche gehen. Und die Beschäftigten in Ungarn werden auf rumänische Arbeitsbedingungen gedrückt, denn ungarische hat man ja schon in Deutschland.

Es trägt nicht zu unserer Glaubwürdigkeit bei, wenn wir auf der großen Ebene argumentieren, dass Verzicht und Verlängerung der Arbeitszeit keine Arbeitsplätze sichern, sondern im Gegenteil Arbeitsplätze vernichten und die Krise verschärfen. Und auf der betrieblichen Ebene oder in Ergänzungsverträgen machen wir das dann, aus Angst um den Arbeitsplatz in »unserem« Unternehmen.

Ich behaupte nicht, dass ein besseres Ergebnis möglich gewesen wäre. Denn die Zeit ist vorbei, wo soziale Kämpfe nahezu gesetzmäßig zu einer Vermehrung der Sozialleistungen und zur Stärkung der

Verhandlungsposition der Gewerkschaften geführt haben. Selbst für die Verteidigung von in der Vergangenheit erkämpften Errungenschaften sind heute härteste Kämpfe mit offenem Ausgang notwendig. Wir werden uns auf weitere Niederlagen einstellen müssen. Dies schließt nicht aus, dass wir da und dort betriebliche oder tarifpolitische Erfolge erkämpfen können. Aber das wird die Ausnahme sein.

Die zurückliegenden Jahre zeigen, dass der heutige Kapitalismus inkompatibel mit sozialen Zuständen ist. Soziale Optionen sind nicht mehr vorgesehen. Jeder Cent Gehalt, jede Minute Arbeitszeit, jede soziale Errungenschaft der Vergangenheit muss heute gegen die Logik des grenzenlosen Kapitalismus verteidigt werden.

Damit die Gewerkschaften wieder aus der Defensive herauskommen, müssen erst die politischen Rahmenbedingungen verändert werden. Nichts spricht dafür, dass dies in nächster Zeit geschehen wird. Da steht noch eine lange Phase der Sammlung der Kräfte, der Schaffung von Bündnissen und der Vorarbeit für die Erringung einer gesellschaftlichen Mehrheit vor uns.

Aber eine Niederlage als Erfolg zu werten, wie es der Zweite Vorsit-

zende der IG Metall, Berthold Huber, macht, das ist die schlechteste Art, sich auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen vorzubereiten.

Auch die Rahmenvereinbarung gibt wenig her, um von einem Erfolg zu sprechen. »Bei einem Aufbau von Beschäftigung im Ausland stehen im Vordergrund ... selbstverständlich auch die globale Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens.« Ja was denn sonst. Das ist doch der Hauptgrund für die Verlagerung der Arbeitsplätze. Und das jetzt mit Unterschrift der IG Metall. Siemens werde, »wie in der Vergangenheit auch, betriebsbedingte Kündigungen als ultima ratio betrachten«. Diese ultima ratio kennen wir von der Hofmannstraße.

Wer bei diesem Abschluss von einem Erfolg spricht, der muss die IGM-Mitglieder und die Belegschaften schon für sehr dumm halten. Das wirft aber dann das Problem innergewerkschaftlicher Verhältnisse und eines Politikverständnisses auf, das die Mitglieder nur als Manövriermasse für eine Stellvertreterpolitik über die Köpfe hinweg betrachtet.

Dieser Tarifabschluss wird die Krise der Gewerkschaft weiter vertiefen. Es sei denn, es werden die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Dabei geht es nicht darum, die Verantwortlichen für den Tarifabschluss oder gar die Belegschaften von Bocholt oder Kamp-Lintfort zu beschimpfen. Wir brauchen eine solidarische und kritische Diskussion.

Mit dem bundesweiten Aktionstag am 18. Juni haben die Siemens-Belegschaften die richtigen Zeichen gesetzt. Das war etwas Neues und eine richtige Sache, gemeinsam gegen die Pläne des Konzerns vorzugehen, auch in der Verantwortung gegenüber anderen Beleg-

schaften. 25 000 waren noch zu wenig und die Aktionsformen dem Problem noch nicht angemessen. Aber es war ein Anfang.

Siemens, früher Aushängeschild der Sozialpartnerschaft, macht allen klar: die alten Zeiten sind endgültig vorbei. Die Unternehmer setzen auf Konfrontation und sind zum offenen Klassenkampf zurückgekehrt. Wir werden soziale Rechte nur noch erhalten können, wenn wir konsequent alle unsere Kräfte mobilisieren.

Die Gewerkschaften können wieder lebendig und stark werden, wenn sie lebendige und starke Mitglieder haben, die ihre Interessen selbst in die Hand nehmen und sich dafür gewerkschaftlicher Ressourcen bedienen. Dies bedeutet aber auch, innerorganisatorische Herrschaftsformen zu überwinden, die die Mitglieder entmündigen und bevormunden.

Auf der ganzen Welt wollen die Konzerne die Arbeitskraft billiger haben, heute in Ungarn, morgen in Rumänien, übermorgen in ... Die Abwärtsspirale kennt kein Ende. Da hilft nur, wenn sich die Belegschaften international zusammenschließen. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaft, dies zu organisieren.

Und wenn die Konzerne sich jetzt mit dem von Generationen von Arbeitern und Angestellten geschaffenen Reichtum aus dem Staub und in Niedriglohnländer davon machen, weil Konkurrenz und Profit dies verlangen, dann gilt es, für eine andere Logik zu kämpfen. »Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen« – lautete ein Transparent am Siemensaktionstag.

LEO MAYER

Leo Mayer ist Betriebsrat bei Siemens München Hofmannstraße.

(Aus: SoZ Nr. 8, August 2004)

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75-77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose Probeausgabe
- Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die Sozialistische Zeitung (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerli-

chen Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ

www.soz-plus.de